

# Wöchentliches Anzeiger

für Deuchern

und Umgegend

Anzeigenpreise: Die sechsseitige Korpuszeile 1 M., Restamezeile 2,00 M.

Anzeigenannahme in der Redaktion dieses Blattes, Behrstraße 10, bis spätestens um 9 Uhr. Größere und kompliziertere Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Freitag, Mittwoch und Sonntag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.



Bestellfrist für den Druck: Druck eines Heftes 7,00 M., von unter 1000 bis zum 1. Januar 1921, 7,75 M., von 1000 bis zum 1. März 1921, 8,50 M., von 1000 bis zum 1. Juni 1921, 9,25 M., von 1000 bis zum 1. September 1921, 10,00 M.

Bestellfrist für den Druck: Druck eines Heftes 7,00 M., von unter 1000 bis zum 1. Januar 1921, 7,75 M., von 1000 bis zum 1. März 1921, 8,50 M., von 1000 bis zum 1. Juni 1921, 9,25 M., von 1000 bis zum 1. September 1921, 10,00 M.

Amüliches Verhandlungsblatt für die Stadt Deuchern.

№ 143

Dienstag, den 6. Dezember 1921.

60. Jahrgang

## Brands Heimkehr.

Wir befinden uns in einer schnelllebigen Welt. Alfreds Brand, der französische Ministerpräsident, zog vor Monatsfrist über den Ocean nach Washington, um das Bündnis mit den Vereinigten Staaten von Amerika, das Frankreich in Europa politisch und wirtschaftlich stärkt, zu erneuern. Die Weltöffentlichkeit ist sich einig, dass diese Reise ein großer Erfolg sein wird. Erst als es ihm nicht gelang, den Präsidenten Harding für diesen Plan zu gewinnen, und durch seine Neben an die Konferenzteilnehmer nicht den gewünschten Eindruck zu machen, da ihm die Überführung, das heißt, ihre Annahmefähigkeit für Frankreich, ihm so wichtig war, daß er selbst einen wichtigen Dienst mit England nicht machte. Diese Nebenbesprechung, welche in seine Hand über die beiderseitigen Interessen in den nächsten Jahren nicht erledigt, und jetzt, wo er wieder den Boden seiner Heimat betreten hat, findet Brand nicht nur eine Koalition seiner Gegner gegen sich vor, sondern auch eine wesentliche Verschärfung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Europa. Die ganze Welt ist durch den Krieg in eine tiefe Krise geraten.

Der französische Premierminister ist sehr unangenehm überrascht, was er sich natürlich nicht merken lassen wird. Hundertmal wird er seinen Ehrgeiz voraussetzlich wiederholen, daß Deutschland zahlen muß. Er dürfte auch zugeben, daß Frankreich für sich sorgen wird, daß ihm kein Recht zuteil werde. Der große Mist mit dem Brand sich, daß es sich nicht einrichten lassen will, sondern das Recht befehlen sollte, wird nicht ausbleiben. Aber da Deutschland sich bereit erklärt hat, ein längerer Moratorium einzutreten, so werden alle seine Demonstrationen Brand kein Geld, sondern nur erhöhte Misstrauensbeziehungen mit England und Italien und schließlich auch mit Amerika einbringen. Es ist anzunehmen, daß er sich etwas besinnen wird, wenn er den beschwerlichen Sturm in der Pariser Kammer überlebt, und überhaupt er ihn nicht, so wird sein Nachfolger sich nicht mit dem Kopf durch die Wand reißen können. Was es so weit ist, wird die Welt noch mit Pariser Gerüchten belegen müssen, über die Brand, aber es ist erforderlich, ihnen gegenüber kaltes Blut zu bewahren, selbst wenn ein außerordentlicher Zwischenfall eintreten sollte.

Wenn Brand seine Absichten und die möglichen Wahrscheinlichkeiten abgeben wird, so wird er doch noch ein Echo hören, daß das übrige Europa keine Lust hat, seinen Absichten wegen Kredits zu folgen. Die Wirtschaftskrisis, die in Deutschland, Italien und Frankreich, aber der Welt überhaupt ist eine tiefere Arbeit. Dazu reichen Frankreichs Arbeitskraft und Geldmittel nicht aus. Ist Deutschland zahlungsunfähig gemacht, muß der französische Finanzminister die Steuern verdreifachen; bekommt Deutschland Kredit, so kann es sich mit Italien über einen Kredit befehlen. Das das besetzte Deutschland dem Kaiser des Reiches Finanzkrisis spielen soll, ist jedenfalls nicht möglich. Wir können ein durch internationale Erörterungen sehr begünstigtes Wohlstand erleben, aber alle diese Ausweichungen können die Tatsache nicht umdrehen, von nichts kommt nichts!

## Auf Deutschlands Kosten.

Die teuren Heberwahmungsansprüche. Manchmal gibt der Gegner doch immer noch die beste Auffassung. Deutschland hat beinahe täglich das Recht, aber die Besatzungsstellen usw. eine jenen. Detaillierte Aufstellung zu verlangen. Davon steht zwar nichts im Vertrag, aber der Reuequivalent hat aber haben die Besatzungsstände, die das Recht zu schreiben, und letztlich die Summe zu nennen, die wir für die Besatzungsstellen zu zahlen haben. Auf diese Weise weicht man jeder Kritik aus und kann dem Deutschen Reich, wenn es Aufklärung wünscht, immer einmal bösen Willen vorwerfen und ihm klar machen, daß es zu zahlen hat und weiter nichts.

So war es meistens bisher, wo von irgendwelcher Stimme der Kernpunkt auf der Gegenseite wenig zu hören war. Wie sehr man dabei aus dem Rahmen gewirft hat, zeigt dabei am besten eine Aufstellung, die der „Temps“ dieser Tage über die Kosten machte, die überall in Deutschland fließen und sich langsam in sogenannten Heberwahmungsansprüche allein in Geld herausfinden. Da sich dabei Beispiele in den Kosten dieser Heberwahmungsansprüche mit denen des Besatzungsheeres ohne weiteres abändern, geben sie lehrreichen Aufschluß. Man erzählt nämlich, daß die Kommissionen zur Heberwahmung des deutschen Heeres, Flug- und Marinewesen nicht weniger als 638 Personen umfassen, von denen die Mehrheit auf die Heberwahmung entfallen, bei der wiederum die Franzosen der Zahl nach überwiegen. In den anderen Ausschüssen überwiegen die Engländer, und das ist natürlich der Grund, weshalb der „Temps“ — ein Oberleutnant Redoul schrieb den Artikel — die Unkosten zu groß findet. Die Engländer sollen weg, denn in der Luft und auf dem Wasser sei ja kaum noch etwas abzurufen, dann wäre

den die Kosten geringer, wenn auch die Franzosen ihre Heberwahmung fortsetzen. Um welche Kosten es sich dabei handelt, beweist eine Aufstellung, die der „Temps“ gibt, indem er den Sterlingsatz in 1000 M. umrechnet. Danach beläuft der gewöhnliche Soldat dieser Ausschüsse monatlich einkommen von 15.000 M., der Unteroffizier 20.000 M., der Leutnant 45.000 M., Kapitän 60.000 M., Kommandant 80.000 M., Oberleutnant 100.000 M., Oberst 120.000 M., Brigadegeneral 160.000 M., Divisionsgeneral 200.000 M. Dazu kommen für die älteren Stellen noch monatliche Zulagen von 20.000 bis 50.000 M. Man rechnet sich das auf 15 Jahre aus bei 638 Angestellten dieser Ausschüsse, damit noch man ungefähr, was Deutschland für die Heberwahmungsansprüche zu zahlen hat, die schon längst hätten abbezahlt werden können, wenn an die Forderungen nach Erfüllung sich nicht alle die Schläfen gebängt hätten, die wir als Beinträchtigung der Deutschen Werte, Strauß usw. kennen.

## Eine neue Note.

Die Reparationskommission mahnt. Die Note der Reparationskommission, die die deutsche Regierung abgeben lassen, da die endgültige Antwort, die sie gefordert von der deutschen Regierung über die kommende Reparationszahlung erwartete, nicht eingetroffen sei.

Begegnet auf ihren Berliner Aufenthalt hat die Reparationskommission in dieser Note nochmals ausdrücklich darauf, daß die Reichsregierung alle ihre Aufmerksamkeit über die erforderlichen Maßnahmen schenkt, um die fälligen Zahlungen am besten zu gewährleisten. Die deutsche Regierung müsse die Folgen bedenken, die notwendig werden, wenn es am schließlichen keine Zahlungen nicht erfüllt. Die Reparationskommission fordert die deutsche Regierung dringend auf, entweder bei den Staatsbürgern, die notwendig in den Ausland haben oder bei den ausländischen Geldverleihern alle Anstrengungen zu machen, um die erforderliche Erlösung ausländischer Werten zu erhalten.

Die Reparationskommission — heißt es weiter — ist überzeugt, daß Schwierigkeiten, die der deutschen Regierung begegnen, Schwierigkeiten sind, die eng mit dem neuartigen Zustand der Welt verknüpft sind und einen mehr internationalen als wirtschaftlichen Charakter besitzen. Sie sind verbunden mit der Note in hohen Maße durch die Tatsache bedingt, daß die deutsche Regierung es versäumt hat, diejenigen erforderlichen Mittel zu ergreifen, um das Budget durch ein Gleichgewicht zu bringen. Die Reparationskommission fordert die deutsche Regierung dringend auf, untertätig alle erforderlichen Maßnahmen zur Befriedigung der Forderungen zu ergreifen.

## Staatssekretär Höcher in Paris.

Der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Höcher, der sich in Begleitung des Staatssekretärs Bergmann zum Vorsitzenden der Reparationskommission begeben worden ist, hat sich vor einigen Tagen nach Paris begeben und verhandelt dort zuerst über die Zahlung der am 15. Januar 1922 fälligen Reparationsrate, insbesondere über die Eichstellung.

## Frankreichs Bedingungen.

Die Kontrolle der deutschen Finanzen. Die französische Regierung hat sich noch am Abend des Tages, an dem Brand wieder in Paris eintraf, mit der Frage der Gewährung eines Moratoriums an Deutschland beschäftigt. Man glaubt, daß von französischer Seite an die Gewährung dieses Moratoriums einige wichtige Bedingungen gestellt werden sollen. Ein Verzicht des „Temps“ gibt in dieser Hinsicht wertvolle Andeutungen, und man dürfte kaum irren, wenn man darin die offizielle Forderung der französischen Regierung wiederzugeben sieht.

Demnach würde Frankreich fordern, daß durch die Gewährung des Moratoriums der gegenwärtige Stand der deutschen Finanzen nicht verändert werde, daß das Moratorium nur auf die Gewährung der Anwendung fände und daß das Wiesbadener Abkommen davon nicht befreit werde.

Ferner würde Frankreich fordern, daß Deutschland gewisse „Garantien“ für die Gewährung des Moratoriums zu geben hätte, namentlich müßte Deutschland zugesichert, daß die Reichsfinanzverwaltung durch einen allseitigen oder neutralen Kontrolliert werde. Es müßte ferner zugesichert, daß im ein Maximum seiner Ausgaben und ein Minimum seiner Einnahmen vorgeschrieben werde.

Frankreich müßte auch fordern, daß Deutschland gleichzeitig mit dem Moratorium eine Anleihe gewährt werde, von der ein Teil verwendet werden sollte, daß die angeforderten Zahlungen noch gedeckt werden.

Frankreich scheint entschlossen zu sein, falls diese Bedingungen nicht erfüllt werden, über dieses Moratorium an Deutschland nicht sprechen zu wollen, sondern die Mittel zu erwägen, wie es zu seinen deutschen Zahlungen kommen könnte.

## Die Londoner Vorschläge.

Nachdem man hat eine neue Unterredung mit Sir Robert Horne gehabt, folter aus mit Londoner Bankiers, übernahm sich gewislich Vorschläge der Finanzkommission der Kabinets vorgelegt worden. „Daily Chronicle“ sagt, daß die Vorschläge dreiteilig seien. Der erste Plan betrifft ein Moratorium, um dem deutschen Bankrott abzuwehren und dem Einlen der Welt entgegenzutreten. Der zweite betrifft die Einparung des Entschuldigungsproblems an den Plan der Verrenten und die Ausbündung von unverschuldeten internationalen Schulden in ein deutsches Entschuldigungsabkommen, der dritte Plan betrifft ein Abkommen zwischen England und Deutschland in der Art des Wiesbadener Abkommens.

## Reich.

5. Dezember 1921.

Die Vermögensverhältnisse der Eisenbahnen. Das Reichsfinanzministerium bezieht zur Zeit eifrig die Ausarbeitung eines Plans über die Umgestaltung des Reichsfinanzwesens. Es ist dazu eigens ein Organisationsausschuß eingesetzt, der sich aus Vertretern der Verwaltung, der Beamten und des Personals zusammensetzt. Das Reichsfinanzministerium glaubt bei seinen Vermögensverhältnissen an der Selbstständigkeit der Reichsfinanzverwaltung als Ziel zu haben, um in mehr fähig zu machen, als der Etat für 1922, der schon fertiggestellt ist, mehr zu bewahren.

Die deutsch-französische Verhandlung wurden nach der Sommerpause wieder aufgenommen. Ebenso wie während des früheren Verhandlungszeitraums über die Regelung einer Reihe von Fragen Einigkeit erzielt war, wurde vollständige Einigkeit über den Wortlaut einer Reihe weiterer Bedingungen erzielt. Es wurde ein Vertrag betreffend die Regelung der Wasser- und Schiffsverkehrslinie im Grenzgebiet ausgearbeitet.

Internationale Arbeitervertreter bei Ansbach. Die Mitglieder der Genfer Internationalen Arbeiterkonferenz, die kürzlich die Deutschen Welt befristet hatten, besuchten dieser Tage auch die Werkstätten der Eisenbahnen in Ansbach. Der Leiter der Eisenbahnen gab den Heberblick über die derzeitige Einrichtung der Werkstätten und deren Leistung, aus dem hervorzugehen ist, daß die Stahlproduktion etwa 65 Proz. derjenigen der Friedenszeit beträgt, was auf die verringerte Möglichkeit der Kohlenverwendung, von der die Gesellschaft etwa 80 Proz. zu wenig hat, zurückzuführen ist. Ferner wurden die zahlreichen auf Beschäftigung der Eisenbahnen vorgenommenen Verbesserungen an Maschinen und Werkstätten gezeigt, welche allein einen Betrag von etwa 800 Millionen Mark ausmachten. Die Beschäftigung, die einen ganzen Tag in Anspruch nahm, fand großes Interesse bei den Teilnehmern, besonders die Leistungsarbeiten in den Werkstätten. Die Gründe dieser Leistungsmaßnahmen waren auch den ausländischen Besuchern nicht immer klar.

Der zweite Kongress der Weltdeutschen wurde in Hamburg unter großer Beteiligung eröffnet. Der Kongress nahm eine Entschließung an, in der an die gelegende Abrechnung und an die zuständigen Behörden die erste Aufforderung gerichtet wird, mit aller Energie endlich einmal den Erfolg der Ausführungsmaßnahmen zu dem verabschiedeten Entschuldigungsgebot zu betreiben und ferner den Interessentenvertretern den Entwurf des Liquidationsplans anzugehen, der die Reichsfinanzverwaltung über diesen Entwurf zur Kenntnis bringen und an die gelangten Nachrichten, insbesondere über die Höhe der Entschuldigung und den Zahlungsmodus, den Kongress mit großer Sorge erfüllen.

Reverenzen. Die englische Regierung hat einen Photographen nach London geschickt, um dort die Verhältnisse in den Werkstätten für die englische Eisenindustrie aufzunehmen.

Ein nation.leser Transierag.

Berlin, 4. Dez. Die demokratische Fraktion des Reichstages hat einen Antrag eingebracht, wonach der Reichstag beschließen sollte, daß mit Zustimmung des Bundesrats zum Gedächtnis der Opfer des Weltkrieges ein nationaler Feiertag eingeführt werde. Der Feiertag soll auf den ersten Sonntag des Jahres fallen, sofern dieser nicht mit dem Neujahrstag zusammenfällt. Das Gesetz soll mit dem Tage der Verkündung in Kraft treten.

Reichstagsungung erst am 13. Dezember?

Berlin, 4. Dez. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß der Reichstag erst am 13. Dezember wieder zu einer Plenarsitzung zusammengetreten wird, da die Beratung der neuen Steuerentwürfe in den einzelnen Kommissionen nur sehr langsam vor sich geht. Es ist infolgedessen auch zweifelhaft geworden, ob die neuen Steuerentwürfe nach vorliegenden Nachrichten von dem Plenum verabschiedet werden können.

Bekämpfung eines deutschen Offiziers in Frankreich. Nancy, 4. Dez. In Nancy wurde der frühere deutsche Hauptmann A. Steffen er verhaftet, der wegen Verstoßes gegen Gefangeneneinrichtungen in einem oberflächlichen Konzentrationslager begangen zu haben, und gegen den ein Haftbefehl des französischen Generals in Sarreguemines vorliegt.

Gegen den Lebensmittelversteher.

Berlin, 4. Dez. In einer Verlesung im preussischen Ministerium des Innern, an der der Staatsminister für Volksernährung, die beteiligten Vertreter der Reichs- und Staatsregierung, Vertreter des Handels und der Verbraucher und Erzeuger teilnahmen, wurde eine Kommission gewählt, die sich aus Vertretern des Handels, der Erzeuger und Verbraucher zusammensetzt und die Aufgabe hat, der Regierung Bestimmungen und Maßnahmen gegen den Mißbrauch von Lebensmitteln zu empfehlen. Es wurde besonders darauf hingewiesen, daß Regierung und Behörden gegen den Mißbrauch von Lebensmitteln wenig auszurichten vermögen, wenn nicht die Bevölkerung selbst ihr bei der Bekämpfung zur Seite steht.

Artikel 18 der Reichsverfassung.

Berlin, 4. Dez. Zum Stand der Ausführgesetzgebungen zu Artikel 18 der Reichsverfassung (Wiederum des Reiches in Länder) wird mitgeteilt, daß das Ausführgesetz schon vor mehreren Monaten dem Reichsrat vorgelegt worden ist. Es nimmt in der Hauptsache Bezug auf die Beschaffung des Gesetzes über den Volksernährung. Da dieses Gesetz durch die Reichstagsbeschlüsse eine gegenüber dem Entwurf zum Teil veränderte Gestalt erhalten hatte, mußte auch der Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Artikels 18 ungearbeitet werden. Bei den Kammern, namentlich Preußen, bestand notwithstanding der Wunsch, zu diesem neuen Entwurf der Reichsregierung eingehend Stellung zu nehmen. Nachdem nunmehr in diesen Tagen die Vorarbeiten des neuen preussischen Staatsministeriums eingegangen sind, ist die Sitzung des Reichstagsausschusses bereits anberaumt. Die Verhandlungen im Reichsrat werden nach Möglichkeit beschleunigt werden.

Auflösung des englisch-japanischen Bündnisses?

Washington, 4. Dez. Die nächste Vollstänzung der Währungs-Konferenz wird Mittwoch stattfinden. Allgemein erwartet man, daß sie ebenso wichtig und ebenso überaus wichtig sein wird wie die erste Konferenz. Ebenso allgemein erwartet man nämlich in dieser Sitzung die offizielle Bekanntgabe der Auflösung des englisch-japanischen Bündnisses, und zwar durch gleichlautend formulierte Erklärungen Balfours für England und Kato für Japan. Diese Erklärungen sollen bereits inzwischenerhand mit Staatssekretär Hughes vereinbart sein.

Washington, 4. Dez. Nach Witterungsbedingungen soll ein Einbruch in der Flottenabteilung zwischen Amerika, England und Japan zustande gekommen sein.

Der Sternsteinhof.

Einmal Vorlesung auf die Ludwig Hensinger.

31

Der Bauer zog den Mund breit und karrte ihr mit hüftigem Winkeln in die zornschwebenden Augen. „Und auch der Hof war allein abgeholt, wie ich halt magst mein.“ „Du bist ein alter Hengst, du bist der Hof mit der Dorn im Sternsteinhof gewickelt, er hält dir nie in d'Wald kommen dürfen: find's auch begrifflich, müßt nit, wie ich eine sonst in ihn verhalten können.“ Aber sein hohes einlädelt, das muß man sagen! „Ni unkonst halt dir Wort und Schrift geben lassen und auch dein Achtung nur mit unüberlegt, denn die Schmutz's wärd darnach aus, als wärst vor deiner Zeit den Handel ehricht und die War' edst, während mer dir voranthalten ist, was mer nur verprodren hat, um dich oben 'z'riegeln! Du siehst, ich kenn' mich aus. Es is eben leichter ein jungen Gimpel fangen, als ein' alten Hengst fassen stellen. Sei lieber kein vernünftig, — er wies nach den auf dem Boden liegenden Hühnerchen, — und las' nit flegen, was allein für dich da 'hohlen is, um das, was d' nie freig!“

„Immer verzeirer war das Gesicht der Dorn' geworden, immer kampfbahar abdrücken ihre Nase, sehr hatte sie die Faust gegen den Alten und taumelte zur Erde hinab. Sie hatte keinen Blick für Dorn, der trotz der Bekämpfung ihren Mangel zu sehen, seinen für die Mutter, die nicht vernünftiger, fann die Hände gegen den Bauer ausstrecken und dann dreierend an die Brust zu legen: nur ein Gefühl befeuerte ihre Sinne und Ziele, das des erbittertesten Hasses, verheißt durch die quälende Empfindung ihrer Ohnmacht, und während sie Stille um Stille, sich vor die Dorn' hinstellte, hinunterkam, so wie das Schlagwort: Gott möge sie den Tag erleben, an dem sie den wahren Hengsten auf das Deutsche hinstellen könne!“

„Das müßt du noch?“ herrichte der Alte die Hühner an, die noch immer an der Erde stand. „Sie blühte verlegen und begehlich nach den auf der Erde liegenden Hühnern.“

„Du, die mit's Geduld lebst?“ sagte er. „Du, so nimm's! Aber lang du bist, daß die Dorn' Zurechtweisen und Aufgeben-machen leigt! Je weniger davon unter d'Leut' kommt, desto a'fweidert is's für sie selber.“

sein, desgleichen zwischen Frankreich und Italien. Man glaubt, daß in der nächsten Vollstänzung der Konferenz ein einträgliches Abkommen vorliegen werde, das auf folgenden Verhältnissen beruht: Amerika 3, England 5, Japan 3, Frankreich 2, Italien 2. Ferner heißt es, daß die Delegierten und Sachverständigen von England und Amerika zu dem Schluß kamen, daß die zehnjährigen Lottenferien unpraktisch seien. Hughes' Pläne müßten radikal geändert werden.

Auslands-Rundschau.

Die Besatzungen in Wien. Militär und Gendarmerie, die bisher im Bürgerlande zur Besetzung verwendet worden waren, sind wieder in Wien einmarschiert. Auch mehrere Bataillone schiedsrichter aus Oberösterreich kamen in voller Marschierung in der Hauptstadt an. Die öffentlichen Gebäude, die Schulen und Bäder seien unter polizeilichem Schutz. Die Regierung ermächtigt die Verhängung des Standrechts über Wien. Das Vergehen der Wiener Kommunisten, die „Note Sabane“, wurde wegen Unschuldigen der Regierung erwidert. Die Note von einem Milizliedre Kronen. Der Gesamtstand ist auf viele Milliarden zu schätzen. 334 Personen wurden verhaftet. 20 Sicherheitswachleute und 36 Zivilisten sind verletzt worden.

Wien ist wieder in Panik. Mit großem Alarms ist er im Hagen von der Kavallerie empfangen worden. Er hielt gleich eine große Rede, in der er sagte, es seien in Washington unüberhörliche Worte zu Gunsten Frankreichs zu hören. Er erklärte, daß Frankreich niemals Hölzer sein werde. Den Prinzipien der Wahrung der See habe sich Frankreich leichten Herzens angeschlossen. Auf dem Meere gibt es keine Gefahr mehr, denn es gibt dort nur beschränkte und allierte Flotten. Wien will die Wärschen der letzten Zeit nicht verzeihen; er will nicht glauben, daß die deutsche Regierung das deutsche Volk in den Kriegstempel führe. Deutschland habe noch immer sieben Millionen Mann (1) und in seinen Wehrkraftsträften 250 000 Offiziere und Unteroffiziere. Deutschland hat riesige Fabriken, die Maschinengewebe, Gewichte und Maschinen erzeugen können. Hinter Deutschland und Polen liegt ein in der Aufzucht begriffenes ungeheures Land. Dieses habe zu unbestimmten Horden eine Armee von anderthalb Millionen Mann. Dieser Situation gegenüber muß Frankreich handhalten.

Neue Vorkämpfe für Irland. Nach langer Verhandlung haben sich die Delegierten der englischen und der irischen Regierung auf einen neuen Vorschlag geeinigt, der seit der Dubliner Konferenz vorgelegt worden ist. Nämlich wird dieser Entwurf freigegeben verstanden. Einige Bestimmungen stimmen jedoch darüber überein, daß dieser Entwurf für Irland die sofortige Anerkennung des Dominions Status vorschreibt mit der Zuerkennung eines gewissen Autonomie. Dieser soll die Wahl geben, ob es sich diesen Status angeschlossen wolle. Das irische Parlament soll später in ein Parlament für ganz Irland ausgebaut werden. Das irische Parlament würde den gleichen Zustand für die Krone abgeben haben, den die anderen Dominionen des britischen

Reiches leisteten. Man erwe die Antwort der irischen Führer bis spätestens Romag. Sollte die Antwort günstig ausfallen, so wird der Entwurf am Dienstag dem irischen Parlament vorgelegt werden. Sollten die irischen Führer Einsprüche und Bedingungen stellen, die einer Ablehnung des Vorschlages gleichkommen, so würde man auch die Vorschläge für Irland zurückziehen. Aber selbst dann bleibt der Waffenstillstand zwischen den beiden Parteien bestehen.

Dom Streitemarkt.

Preissteigerung infolge des Dollarkurses. Wie aus dem letzten Sonderbericht der Preisberichte des Deutschen Handelsvereins hervorgeht, kam die Folge des außerordentlichen Sturzes der Devisen in den letzten Tagen auch am Markt für inländische Getreide in scharfer Weise zum Ausdruck. Die Möglichkeit, daß der Abgang von Dollar und Gulden noch weitere unbedeutende Ausdehnung annehmen könnte, hatte zum Zwecke ebenso vielfältig wie im großen Umfang Vertriebsstellen zu unbestimmten Preisen an die Märkte kommen lassen, während sich die Käufer aus gleichem Grunde vorläufig so gut wie vollständig zurückzogen. Ohne daß größere Umsätze erfolgten, gingen die Preise für Getreide aller Art für kurze Zeit zurück, jedoch blieben, der noch in den ersten Wochenungen bei guter Mißbilligung für den Markt von über 200 000 Tons, je Zentner geboten hatte, am 1. Dezember 85,5—85,5 Mark notierte. Auf dem 8. Oktober war die Lage nicht viel anders; für diese Getreidepartei war während des größeren Teils der Verhandlungen noch sehr viel zu Unmöglichen gekauft worden. In den letzten Tagen wurde sehr viel offeriert, während sich fast zu fast ermäßigten Preisen kaum Vertriebsstellen zeigten. Ganz ähnlich lag die Situation für die übrigen Artikel.

Am wichtigsten für die Gesamtlage waren die Vorgänge am Maismarkt. In Berlin wurde dessen Marktwert allerdings in der letzten Woche nur vereinzelt notiert. In Hamburg aber waren die Preise bis zu 390 und selbst 395 M. für den Zentner infolge kürzerer Bedingungen in die Höhe gegangen, bis dann der Zufuhr und Guldenskurs alles wieder richtig machte. Die Tendenz des Mais war bisher in der Hauptsache die Höhe für die hohen Preise der inländischen Getreidearten. Dem, solange sich der Mais teurer stellte, als der Hafer, konnte naturgemäß der Landwirt den letzteren besser in seiner eigenen Wirtschaft verwenden, als daß er ihn verkauft hätte, um ihn dafür als Ersatz für einen anderen zu verwenden, und wenn der Hafer einen sehr hohen Preis erzielte, so konnte auf die Dauer der Roggen scharflich doppelt zurückbleiben. Deshalb ist der diesmalige scharfe Abgang des Mais von wichtiger Bedeutung, vorausgesetzt, daß die zeitige Abminderung eines naturgemäßen Preisverhältnisses nicht bald wieder schwindet.

Volksleben und Wirtschaft.

Neuer Schiedsgericht für Kaffeeverbände und Metzger. Nachdem die großen Kaffeeverbände den Schiedsgericht über die den Verzeirer zu gehörenden Feuerungsanlagen vom 31. Oktober 21 abgelehnt hatten, ist nun zwischen den Parteien neue Verhandlungen im Schiedsgerichtsbüro in Kraft. Die endgültigen Beschlüsse mit einem Schiedsgericht, dessen Annahme die Vertreter der Metzger für ausgeschlossen erklärten mit der Begründung, daß er sich zu weitgehend dem Standpunkte der Kaffeeverbände anschließen.

Der Stand der Markt. Es folgten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	2. 12.	1914
100 holländische Gulden	7 817	7 242 167,- M.
100 belgische Franken	1 543	1 448 80,- „
100 dänische Kronen	4 020	3 796 115,- „
100 schwedische Kronen	5 104	4 870 112,- „
100 holländische Gulden	7 817	7 242 167,- M.
1 englischer Pfund	8 71	8 24 20,- „
1 Dollar	2 17	2 03 4 20 „
100 holländische Franken	1 543	1 448 80,- „
100 schwedische Kronen	4 296	4 095 80,- „
100 holländische Kronen	2 48	2 14 -,- „

„Und nur ne, gib ich mich! Was'amm verberb' ich Euch's Spiel? Was denn nachher, wenn ich mit zufällig ein Finger von der Hand hab'?“ „Du is'! Dann nehme's? Was' erkt recht, feden die's? Stellung noch in d'Wald kommen dürfen: find's auch begrifflich, müßt nit, wie ich eine sonst in ihn verhalten können.“ Aber, noch's 'g'scheiderweil mit dir reden lassen. Was ich da vor'bracht hab', war ja lauter Unfuss. Wann d' ehna meinst, ich sollt mer doch nochmal all's reichlich verlegen? Du konnt' ja sein, daß ich mich ganz anders 'b'inn' nit.“ „Nein, nein, müßt dich nit! Frei 'h'aus, dir was ich nimmer. Freilich, um los'kommen, wär' d' sein' Verpreden 'g'felig; aber du erpar' dir dös und is' mir d'Heu' hint'nach. Unter d' den Weiff, unter dem ich dich bist hab', kriegt ich dich dann kein am'eis' Mal wieder und du wärst ganz der Aker darnach, der mich leicht nachher noch ein'fälliger verheißt durch's Drohen, daß d' mer 'zueg'n der Befreiung der 'bürg' Inhärd' machest! Ah, mein. Freilich wärst an längsten. Ich tu' mein Pflicht, tu' du' d'heine, die' deine drei Jahr' in.'s wird dich nit umbringen.“ „Und konnt' dös ehna nit sein? Bedenk' dös, eh' d' zu pe'n' dein' eigen Fleiß und Blut handell'!“ „Du is'! Dann nehme's? Was' erkt recht, feden die's? Stellung noch in d'Wald kommen dürfen: find's auch begrifflich, müßt nit, wie ich eine sonst in ihn verhalten können.“ Aber, noch's 'g'scheiderweil mit dir reden lassen. Was ich da vor'bracht hab', war ja lauter Unfuss. Wann d' ehna meinst, ich sollt mer doch nochmal all's reichlich verlegen? Du konnt' ja sein, daß ich mich ganz anders 'b'inn' nit.“ „Nein, nein, müßt dich nit! Frei 'h'aus, dir was ich nimmer. Freilich, um los'kommen, wär' d' sein' Verpreden 'g'felig; aber du erpar' dir dös und is' mir d'Heu' hint'nach. Unter d' den Weiff, unter dem ich dich bist hab', kriegt ich dich dann kein am'eis' Mal wieder und du wärst ganz der Aker darnach, der mich leicht nachher noch ein'fälliger verheißt durch's Drohen, daß d' mer 'zueg'n der Befreiung der 'bürg' Inhärd' machest! Ah, mein. Freilich wärst an längsten. Ich tu' mein Pflicht, tu' du' d'heine, die' deine drei Jahr' in.'s wird dich nit umbringen.“ „Und konnt' dös ehna nit sein? Bedenk' dös, eh' d' zu pe'n' dein' eigen Fleiß und Blut handell'!“ „Du is'! Dann nehme's? Was' erkt recht, feden die's? Stellung noch in d'Wald kommen dürfen: find's auch begrifflich, müßt nit, wie ich eine sonst in ihn verhalten können.“





# Wöchentliches Anzeiger

für Deuchern

und Umgegend

Abonnementpreis: Die halbjährliche Korrespondenz 1 M., Restamante 2.00 M.

Abonnementpreis in der Provinz: 2 dieses Blattes, 24 Blätter, 10. bis 12. März 1921, 8.9 Uhr. Größe und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.



Amliches Verhandlungsblatt für die Stadt Deuchern.

№ 113

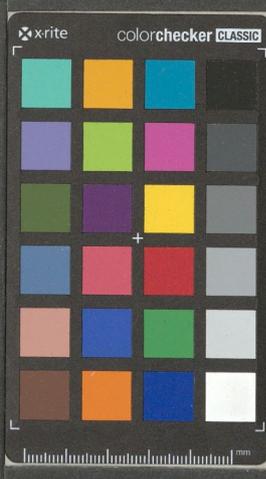
Dienstag, den 6. Dezember 1921.

60. Jahrgang

## Brands Heimkehr.

Wir befinden uns in einer schnelllebigen Welt. Alfreds Brand, der französische Ministerpräsident, zog vor Monatsfrist über den Ocean nach Washington, um das Bündnis mit den Vereinigten Staaten von Amerika, das Frankreich in Europa politisch und wirtschaftlich stützen sollte, zu gewinnen. Die Abreise kam ihm sehr gelegen, der schillernden Garding für diesen Plan zu gewinnen, und durch seine Abreise auf die Konferenzteilnehmer nicht den gewöhnlichen Eindruck zu machen, da ihm die Abreise, das heißt, ihre Unabkömmlichkeit für Frankreich, ihm so wichtig war, daß er selbst einen thätigen Dienst mit England nicht machte. Diese Tatenüberzeugung, sowie die lange über die beiderseitigen Interessen in Amerika ist noch nicht erledigt, und jetzt, wo er wieder den Boden seiner Heimat betreten hat, findet Brand nicht nur eine Koalition seiner Gegner gegen sich vor, sondern auch eine wesentliche Verschärfung der allgemeinen wirtschaftlichen Bedürfnisse in Europa. Die ganze Vera Washington ist bedeckt in den Hintergründen getreten.

Der französische Premierminister ist sehr unangenehm überrascht, was er sich natürlich nicht werden lassen wird. Hundert wird er seinen Ehrgeiz weitausföhrlich wiederholen, daß Deutschland zahlen muß. Er dürfte auch erwidern, daß Frankreich dafür sorgen wird, daß ihm kein Rest guttelt werde. Der große Wirt mit dem Hauptstuhl, das escherichensfalls französische Ertruppen das Ansehen des Reiches sollen, wird nicht ausbleiben. Aber die Deutschland nur beim Vorhause zahlen könnte, wenn seine Saluta sich erheblich bessert und ein längerer Moratorium eintritt, so werden alle seine Demonstrationen Brand sein Geld, sondern nur erhöhte Forderungen überbringen mit England und Italien und schließlich auch mit Amerika einbringen. Es ist anzunehmen, daß er sich etwas befinden wird, wenn er den bevorstehenden Staat in der Pariser Kammer überlegt, und überlegt er ihn nicht, so wird sein Nachfolger auch nicht mit dem Kopf durch die Wand rennen können. Bis es so weit ist, wird die Welt noch mit Pariser Verhandlungsteilnehmern überschüttet werden.



den die Kosten geringer, wenn auch die Franzosen ihre Heeresüberzeugung fortsetzen. Um welche Kosten es sich dabei handelt, beweist eine Aufstellung, die der „Temps“ gibt, indem er den Sterlingsatz in 1000 M. umrechnet. Danach bezieht der gewöhnliche Soldat dieser Ausschüsse 20 000 M., der Leutnant 45 000 M., Kapitän 60 000 M., Kommandant 80 000 M., Oberleutnant 100 000 M., Oberst 120 000 M., Brigadegeneral 160 000 M., Divisionsgeneral 200 000 M. Dazu kommen für die aktiven Stellen noch monatliche Zulagen von 20 000 bis 50 000 M. Man rechnet sich das auf 15 Jahre aus bei 638 Mitgliedern dieser Ausschüsse, dann weiß man ungefähr, was Deutschland für die Heeresüberzeugung zu zahlen hat, die schon längst hätten abberufen werden können, wenn an die Forderungen nach Abstellung sich nicht alle die Schlänen gebängt hätten, die wir als Beinträchtigung der Deutschen Werte, Kräfte u. s. w. kennen.

## Eine neue Note.

Die Reparationskommission mahnt.

Wahld nach der Rückkehr Brandts hat die Reparationskommission eine Note an die deutsche Regierung abgeben lassen, da die endgültige Antwort, die sie geteilt von der deutschen Regierung über die kommende Reparationszahlung erwartete, nicht eingetroffen ist.

Es geschah auf ihren Berliner Aufenthalt bezieht die Kommission in dieser Note nochmals ausdrücklich darauf, daß die Reichsregierung alle ihre Aufmerksamkeit unverzüglich den erforderlichen Maßnahmen schenkt, um die fälligen Zahlungen am besten zu gewährleisten. Die deutsche Regierung möchte die Schwere der Folgen bedenken, die notwendigem voraussetzt, Deutschland entstehen, wenn es am fälligenfällige seine Zahlungen nicht erfüllt. Die Reparationskommission fordert die deutsche Regierung dringend auf, entweder bei den Staatsbürgern, die notwendig Besitz im Ausland haben oder bei den ausländischen Geldverleihern alle Anstrengungen zu machen, um die erforderliche Ergänzung ausländischer Devisen zu erhalten.

Die Reparationskommission — heißt es weiter — ist überzeugt, daß Schwierigkeiten, die der deutschen Regierung begegnen, Schwierigkeiten sind, die eng mit dem neuerlichen Zustand der Welt verknüpft sind und einen mehr finanziellen als wirtschaftlichen Charakter darbieten; sie sind — behauptet die Note — in hohem Maße durch die Tatsache bedingt, daß die deutsche Regierung es vermisst hat, beizugehen die erforderlichen Mittel zu ergreifen, um das Budget derzeit ins Gleichgewicht zu bringen. Die Reparationskommission fordert die deutsche Regierung dringend auf, unverzüglich alle erforderlichen Maßnahmen zur Befriedigung der Forderungen zu ergreifen.

## Staatsretiree Hüffer in Paris.

Der Staatsretiree im Reichsfinanzministerium, Hüffer, der als Nachfolger des Staatsretirees Bergmann zum Vorsitzenden der Kriegsschadenkommission ernannt worden ist, hat sich vor einigen Tagen nach Paris begeben und verweilt dort zurzeit über die Zahlung der am 15. Januar 1922 fälligen Reparationsrate, insbesondere über die Eiderstellung.

## Frankreichs Bedinungen.

Die französische Regierung hat sich noch am Abend des Tages, an dem Brandt wieder in Paris eintraf, mit der Frage der Gewährung eines Moratoriums an Deutschland beschäftigt. Man glaubt, daß französische Seite an die Gewährung dieses Moratoriums einige wichtige Bedingungen gestellt werden sollen. Ein Retiree des „Temps“ gibt in dieser Hinsicht wertvolle Andeutungen, und man dürfte kaum fehlgehen, wenn man darin die offizielle Haltung der französischen Regierung wiedergeben sieht.

Demnach würde Frankreich fordern, daß durch die Gewährung des Moratoriums der gegenwärtige Stand der deutschen Schuld nicht vermindert werde, daß das Moratorium nur auf die Geldzahlungen Anwendung finde und daß das Wiesbadener Abkommen davon nicht berührt werde.

Desweiteren würde Frankreich fordern, daß Deutschland gewisse Garantien für die Gewährung des Moratoriums zu geben sollte, namentlich müßte Deutschland zugesichert, daß die Banknoten Ausgabe des Reichs durch einen offiziellen oder neutralen Beirat kontrolliert werde. Es müßte ferner zugesichert, daß ihm ein Maximum seiner Ausgaben und ein Minimum seiner Einnahmen vorgeschrieben werde.

Frankreich müßte auch fordern, daß Deutschland gleichzeitig mit dem Moratorium eine Anleihe gewährt werde, von der ein Teil dazu verwendet werden sollte, daß die angefallenen Zahlungen noch gedeckt werden.

Frankreich scheint entschlossen zu sein, falls diese Bedingungen nicht erfüllt werden, über dieses Moratorium an Deutschland nicht sprechen zu wollen, sondern die Mittel zu erlangen, wie es zu seinen deutschen Zahlungen kommen könnte.

## Die Londoner Vorschläge.

Nathanael hat eine neue Unterredung mit Sir Robert Hornes gehabt, später auch mit Lord Balfour. Dementsprechend sind gewisse Vorschläge der Reparationskommission des Kabinetts vorgelegt worden. „Daily Chronicle“ sagt, daß die Vorschläge dreifach seien. Der erste Plan betrifft ein Moratorium, um dem deutschen Bankrott abzugeben und dem Einfluß der Welt entgegenzutreten. Der zweite betrifft die Anpassung des Entschuldigungsproblems an den Plan Kerenski und die Auszahlung von unverschuldeten internationalen Schuldverschreibungen an Deutschlands Entschuldigungsübernehmer, der dritte Plan betrifft ein Abkommen zwischen England und Deutschland in der Art des Wiesbadener Abkommens.

## Wiesbaden Reich.

5. Dezember 1921.

Die Reichsregierung hat die Eisenbahnen. Das Reichsverkehrsministerium bereitet zur Zeit eifrig die Ausarbeitung eines Planes über die Beilegung des Reichsverkehrsproblems. Es ist dazu eigens ein Organisationsausschuß eingesetzt, der sich aus Vertretern der Verwaltung, der Beamten und des Personals zusammensetzt. Das Reichsverkehrsministerium glaubt bei seinem Organisationsplan an der Selbstständigkeit der Reichsregierung als Reichsbehörde, um so mehr festhalten zu müssen, als der Etat für 1922, der schon fertiggestellt ist, wieder beantragt.

Die deutsch-russischen Verhandlungen wurden nach der Sommerpause wieder aufgenommen. Ebenso wie während des früheren Verhandlungszeitraums über die Regelung einer Reihe von Fragen Einigkeit erzielt war, wurde vollständige Einigkeit über den Wortlaut einer Reihe weiterer Beratungen erzielt. Es wurde ein Vertrag betreffend die Regelung der Wasser- und Dampferverhältnisse im Grenzgebiete ausgearbeitet.

Stangenfreiheit in Weiskalen. Wie die „Verg.-Markt. Zeitung“ meldet, hat der Oberpräsident von Weiskalen betr. der Bestrafung von Gebäuden die Entschuldig getroffen, daß für das Anbringen von Stangen in den Weiskalen zu erfolgen. Es bleibt grundsätzlich jedem unbenommen, beliebigen Farben anzugeben. Weder der Gebrauch von roten noch der von schwarzweißen Linien verboten werden, sofern er nicht etwa unter ganz bestimmten Umständen die öffentliche Ruhe und Sicherheit zu gefährden drohe. Zu Gegenstand seien die Polizeibehörden verpflichtet, der Behänderung des Gebrauchs aus dieser Fassung von dritter Seite energig entgegenzutreten. Daß sie dabei mit strengster Unparteilichkeit vorgehen hätten, verheißt sie von selbst.

Internationale Arbeitervertreter bei Krupp. Die Mitglieder der Genfer Internationalen Arbeiterkonferenz, die kürzlich die Deutschen Werkstätten hatten, besuchten dieser Tage auch die Werkstätten in Essen.

Die Besuche der Kruppwerke der Kruppwerke und deren Leitung, aus dem hervorzuheben ist, daß die Stahlproduktion etwa 65 Proz. derjenigen der Friedenszeit beträgt, was auf die verringerte Möglichkeit der Kohlenverwendung, von der die Gesellschaft etwa 50 Proz. zu wenig hat, zurückzuführen ist. Ferner wurden die zahlreichen an Besuchen der Kruppwerke vorgenommenen Erfahrungen an Maschinen und Werkstätten gezeigt, welche allein einen Betrag von etwa 800 Millionen Mark ausmachen. Die Besichtigung, die einen ganzen Tag in Anspruch nahm, fand großes Interesse bei den Teilnehmern, besonders die Kruppwerkearbeiten in den weitläufigen Hallen. Die Gründe dieser Produktionsrückgänge waren auch den ausländischen Besuchern nicht unmerklich.

Der zweite Kongreß der Eisenbahnbesitzer wurde in Hamburg unter großer Beteiligung eröffnet. Der Kongreß nahm eine Entschuldig an, in der an die gesetzgebenden Körperschaften und an die zuständigen Behörden die erste Aufforderung gerichtet wird, mit aller Energie endlich einmal den Erlaß der Eisenbahnbesitzer zu dem beschiedenen Entschuldigsgesetz zu betreiben und ferner den Interessentvertretern den Entwurf des Eisenbahnbesitzergesetzes unerschrocken bekannt zu geben, da die über diesen Entwurf zur Kenntnis der Beteiligten gelangten Nachrichten, insbesondere über die Höhe der Entschuldig und den Zahlungsmodus, den Kongreß mit großer Sorge erfüllten.

Berliner. Die englische Regierung hat einen Photographen nach Berlin geschickt, um die Bedingungen in den Fabriken für die englische Eisenindustrie anzuschauen.